

Hildburghäuser Bürgerunion hat nun auch Fraktionsstatus

Stadtrat | Anträge der Freien Wähler fanden keine Mehrheit

Hildburghausen – Nur noch zwei statt wie bisher drei Mandate sind nötig, um als Partei oder Wählerversammlung im Hildburghäuser Stadtrat eine Fraktion bilden zu können. Das lässt die mit 16 gegen neun Stimmen in der jüngsten Sitzung des Gremiums angenommene Neufassung der Geschäftsordnung zu, die für den Hildburghäuser Stadtrat und seine Ausschüsse verbindlich ist.

Die Neuregelung räumt den Stadträten der Hildburghäuser Bürgerunion, die erst in diesem Jahr gegründet wurde und damit auch zum ersten Mal zu Kommunalwahlen angetreten ist, das Recht ein, ebenfalls als Fraktion im Stadtrat wirken zu können. Damit verbunden ist das Recht, in Ausschüssen mitarbeiten und mit abstimmen zu können.

Fraktionsstärke umstritten

Zudem ist es auch nur Fraktionen erlaubt, Beschlussvorlagen in den Stadtrat einzubringen. Mit der Satzungsänderung ist die Hibu-Fraktion gleichgestellt mit allen anderen Fraktionen, obwohl sie nur zwei Mitglieder hat. „Das ist sicher grenzwertig“, räumte Bürgermeister Steffen Harzer ein. Aber die Mustersatzung lasse das zu.

Frank-Michael Czaplá, Fraktionschef der Freien Wähler, hatte beantragt die Mindestmitgliederzahl für eine Fraktion bei drei zu belassen. Das sei zum einen eine Kostenfrage. Für Fraktionssitzungen gebe es schließlich 16 Euro Sitzungsgeld. Wenn „Hibu“ also keine Fraktion sei, entfalle auch der Anspruch auf Sitzungsgeld.

Da seine Fraktion jedoch einzelne Stadtratsmitglieder nicht benachteiligen wolle, schlage er weiterhin vor, dass Stadträte

generell auf das Geld für Fraktionssitzungen verzichten. Das mache übers Jahr immerhin eine Einsparung von 4000 Euro aus. Dieses Geld könne man stattdessen zusätzlich verschiedenen Vereinen für ihre Arbeit zukommen lassen, schlug Czaplá vor.

Damit auch die Stadträte der Bürgerunion ohne Fraktionsstatus, Beschlussanträge einreichen können, regte Czaplá an, künftig jedem Stadtrat das Vorschlagsrecht einzuräumen.

Bei einer Fraktionsstärke von nur zwei Mitgliedern könnten möglicherweise auch rechtsextreme Kräfte den Fraktionsstatus beantragen – wenn sie es zur nächsten Wahl in den Stadtrat schaffen würde, führte Frank-Michael Czaplá ein weiteres Argument ins Feld. Das wolle er zwar nicht hoffen, aber möglich sei es durchaus.

Bürgermeister Steffen Harzer entgegnete darauf, dass man dann ja auch die Hauptsatzung wieder ändern könne, und ließ Czaplás Änderungsantrag abstimmen. Der fand aber keine Mehrheit bei den übrigen Fraktionen. So wurde beschlossen, im Stadtrat Hildburghausen Fraktionen fortan ab zwei Mitgliedern bilden zu lassen.

Beiräte jederzeit möglich

Zur Hauptsatzung, die ebenso wie die Geschäftsordnung eine wichtige Grundlage der Arbeit im Stadtrat ist, hatten die Freien Wähler selbst Änderungsvorschläge schon im vorab eingebracht. (*Freies Wort* berichtete am 15. August 2009.) Die hatten jedoch in der Beschlussvorlage des Bürgermeisters keinen Eingang gefunden.

Zum einen ging es darum, Stadtratsmitgliedern das Recht einzuräumen, in Einwohnerversammlungen zu den Bür-

gern sprechen zu dürfen. Zum anderen wollten die Freien Wähler in der Geschäftsordnung die Möglichkeit festschreiben lassen, im Bedarfsfall Beiräte ins Leben rufen zu können und so mehr Bürger in die Stadtentwicklung einzubeziehen.

Unverständnis kundgetan

Bürgermeister Harzer erklärte dazu, die Einwohnerversammlung sei laut Thüringer Kommunalordnung eine Informationsveranstaltung des Bürgermeisters, nicht der Stadträte. Da Stadträte auch Einwohner seien, könnten sie dort natürlich auch sprechen. Stadträte hätten aber auch jederzeit selbst die Möglichkeit zu Informationsveranstaltungen einzuladen.

Was die Beiräte betreffe, so bestehe die Möglichkeit, welche zu bilden, ohne das extra festzuschreiben. Einen Seniorenbeirat gebe es ja ohnehin schon. Ein Jugendparlament sei an der Jugend selbst gescheitert. Czaplás Antrag wurde trotzdem zur Abstimmung gestellt, erhielt aber nicht die nötige Mehrheit.

So wurde dann die Hauptsatzung in der vom Bürgermeister eingereichten Form mit 20 Ja gegen vier Nein-Stimmen bei einer Enthaltung vom Stadtrat angenommen.

Norbert Weichler (Freie Wähler) gab im Anschluss seinem Unverständnis darüber Ausdruck, dass die Linkspartei-Fraktion diesen Anträgen für mehr Transparenz und zur Kostensenkung – im Fall der Geschäftsordnung – nicht zugestimmt habe. Deren Fraktionschef Mathias Günther wies den Vorwurf allerdings zurück. Über den Verzicht auf das Sitzungsgeld sei ja schließlich gar nicht abgestimmt worden. ng